

Die liberale Kritik des Wohlfahrtsstaats in Frankreich

Jobert, Bruno

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jobert, B. (1979). Die liberale Kritik des Wohlfahrtsstaats in Frankreich. In J. Matthes (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa: Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages in Berlin 1979* (S. 826-840). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-136496>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Bruno Jobert

Die liberale Kritik des Wohlfahrtsstaats in Frankreich

Während eines kurzen Zeitraumes hat sich die Idee des "Neuen" verändert. Am Anfang der siebziger Jahre führte Jacques Chaban Delmas, damals Premierminister, das Thema der "neuen Gesellschaft" als Leitbild des Regierungshandelns ein. Diese "Neue Gesellschaft" übernahm Punkt für Punkt die hauptsächlichen Ziele des Wohlfahrtsstaates: Wachstum, Entwicklung der sozialen Dienstleistungen, konzertierte Politik usw. ... Sieben Jahre später hat sich die ideologische Szene völlig verändert - und auch das Bühnenbild. In den Jahren 1968 bis 1970 wurden die sozialen Debatten vor dem Hintergrund von Barrikaden und Fabrikbesetzungen geführt. Auf der Bühne des Jahres 1978 stehen die jungen Manager im Vordergrund. Bei jeder Vorführung treiben sie den Goulag-Teufel aus und besiegen den marxistisch totalitären Drachen, bevor sie die Themen der Armen und der sozial Ausgestoßenen erörtern. Der amtierende Staatspräsident ruft jetzt nach einer neuen Politik, die die neue Philosophie vervollständigen müßte ⁽¹⁾. Die neuen Ökonomen feiern Frankreichs Wiederveröhnung mit der liberalen Wirtschaftswissenschaft und stellen die alten Wirtschaftskritiken den "neuen Analysen" gegenüber, die in den USA produziert worden sind. Die Soziologen Raymond Boudon und François Bourriaud gründen eine Reihe, die "die lebendigsten und verschiedensten Texte der Autoren, die zur "neuen Linken" oder zur "neuen Rechten" gehören, sammeln und die die Erneuerung der traditionellen Denkweisen bezeugen"⁽²⁾. Diese intellektuellen Strömungen tragen dazu bei, eine neue Sozialpolitik zu modellieren, deren wichtigste ideologische Merkmale ich hier schildern möchte. In bin mir dessen bewußt, daß ich durch die Wahl dieser Strömung andere Analysen, vielleicht die interessantesten französischen Sozialanalysen, ausschließe. Aber es scheint mir als Politologe angebrachter, mein Referat auf jene Analysen zu konzentrieren, die die dominierende soziale Ideologie begründen.

Die liberale Kritik der sozialen Dienstleistungspolitik sowie die Wiederentdeckung der Armut sind in Verbindung zu bringen

mit der sehr scharfen Anfechtung der Grundlagen der "kritischen Soziologie" durch die neuen Ökonomie- und Soziologen. Sie stellen sich als Verteidiger der Wissenschaft den prophetischen Ansprüchen der neuen Gurus, die aus den Ereignissen vom Mai 1968 hervorgegangen sind, gegenüber.

Eine mit Konzepten wie Struktur und Reproduktion formulierten Gesellschaftstheorie stellen sie eine aus Elementen wie Akteuren und Spielen bestehende Theorie gegenüber ⁽³⁾. Auf die scharfen Kritiken des Homo Öconomicus antworten sie mit einem methodischem Individualismus, durch den sie die Erklärungsprinzipien der Mikroökonomie auf die Gesamtgesellschaft übertragen ⁽⁴⁾. Den Ansprüchen der Sozialwissenschaftler, zu einem gesteuerten sozialen Wandel beizutragen, stellen sie das Konzept nicht berücksichtigter und ungewollter Effekte gegenüber und damit das gänzlich unprogrammierbare Wesen der sozialen Entwicklung. Diesen Perspektiven entsprechend kommt das Wachstum des Staates nicht von einer Veränderung der Machtverhältnisse, sondern von der Tendenz der Bürokratien, ihren Einfluß über die Gesamtgesellschaft zu verstärken. Hierdurch wird eine neue Konzeption der sozialen Ordnung gezeichnet, deren Folgen für die Sozialpolitik ich hier in ihren wesentlichen Zügen analysieren möchte.

Man findet in dieser theoretischen Entwicklung ein Echo der großen Enttäuschung gegenüber der Planung, die die siebziger Jahre kennzeichnet. Während der großen gaullistischen Ära erschien die Planung wie ein Mittel, durch das der französische Staat eine neue Gesellschaft modellieren könnte, in der das Wachstum im Dienste "einer weniger reduzierten Idee des Menschen" gestanden hätte.

Frankreich müßte in das industrielle Zeitalter eintreten können und ein neues Wachstumsmodell entwickeln: Dieses sollte die Konsum-Zivilisation verhindern und mehr soziale Gerechtigkeit durch die Förderung von gemeinnützlichen Einrichtungen schaffen. Dieses große Vorhaben der sozialen Umorganisation durch den Staat wird jetzt in der Giscard-Ära fallengelassen und durch das Konzept automatischer Marktregulierungen ersetzt ⁽⁵⁾. Infolgedessen akzeptieren die Intellektuellen der neuen Macht-

koalition die durch den Markt indizierte Verteilungslogik als eine zwingende Rahmenbedingung der Sozialpolitik, deren Ziel sich auf die Ausglei chung der härtesten sozialen Konsequenzen beschränkt. Sie stellen stets die Erfordernisse der Freiheit und einer produktiven Gerechtigkeit den Egalitätsansprüchen des Wohlfahrtstaates gegenüber. Sie stützen sich dabei auf die Mißerfolge der Politiken des Wohlfahrtstaates in Bezug auf seine Egalitätsziele und präsentieren neue, realistischere Normen für die Sozialpolitik. Diese neuen Normen werde ich unter den drei folgenden Themen analysieren:

- die Theorie des Kuchens
- die Wiederentdeckung der Armut
- die Moralisierung der Lebensweise.

1. Die Theorie des Kuchens:

Distributive Gerechtigkeit und produktive Gerechtigkeit.

Die soziale Theorie des Wohlfahrtstaates ist sehr verwandt mit der Kuchentheorie. Hier werden zwei Sphären, Distribution und Produktion, wie zwei getrennte und autonomen Logiken gehorchende Einheiten angesehen. Zuerst wird ein maximales Wachstum der Produktion vorgesehen, und in einer getrennten Phase sieht man eine rationelle Verhandlung der sozialen Verteilung durch ein Sozialvertragssystem vor. Die Planung der gaullistischen Ära versuchte von dieser Norm aus einen sozialen Konsens zu erreichen. Diese Norm ist nun infrage gestellt durch einen der leitenden Intellektuellen der heutigen Machtkoalition, L. Stoleru. L. Stoleru ist ein perfektes Beispiel der neuen Generation der brillian ten Ökonometriker der "Ecole Polytechnique". Er war Professor an dieser Hochschule und schrieb ein wichtiges Lehrbuch über makroökonomisches Gleichgewicht und Wachstum ⁽⁶⁾. Dieser Spezialist der industriellen Politik entdeckte die sozialen Probleme, nachdem er ins Kabinett des damaligen Finanzministers Giscard d'Estaing eingetreten war. Die Organisation des internationalen Kolloquiums "Wirtschaft und menschliche Gesellschaft" ⁽⁷⁾ durch den Finanzminister war eine wichtige Etappe in den offiziellen Überlegungen über die Beziehungen zwischen Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik. Diese Überlegun-

gen wurden von dem derzeitigen Wirtschaftsberater des neuen Staatspräsidenten mit einem vielgelesenen Buch: "Besiegen der Armut in den reichen Ländern"⁽⁸⁾ vertieft, wo er eine Politik der negativen Einkommenssteuer unterstützt. Er ist jetzt Staatssekretär und verantwortlich für die sozialen Fragen in der U.D.F., der politischen Formation des Staatspräsidenten. Er erklärt, die Doktrin der Verteilung des Kuchens berücksichtige nicht, daß "der Kuchen schon fertig verteilt aus dem Backofen kommt und daß je nach Größe die Verteilung verschieden ist". Die Wachstumsrate ist mit der Einkommensverteilung verbunden, und es ist in keiner Weise selbstverständlich, daß sich beide im gleichen Tempo weiterentwickeln: der höchst wahrscheinliche Mechanismus nach den Ergebnissen der letzten Jahre ist, daß sich die soziale Gerechtigkeit mit dem Wachstum verbessert bis zu einer bestimmten Grenze, über die hinaus das Wachstum "nervös wird und von selbst soziale Ungleichheiten produziert"⁽⁹⁾. Wir werden später auf dieses Konzept des nervösen Wachstums zurückkommen.

Die Wachstumsrate wird desto größer sein, je besser die Verteilung das Prinzip der produktiven Gerechtigkeit respektiert, welches die liberalen Wirtschaftssysteme charakterisiert, nämlich: Jeden nach dem Wert seiner Arbeit zu belohnen.

Die Stoleruanalyse stellt eines der Grundprinzipien einer Einkommenspolitik, nach dem jeder proportional zu seiner Arbeit bezahlt werden sollte, infrage. Für ihn ist dies nicht das Grundprinzip der liberalen Wirtschaft. Hier erhält jeder den Gegenwert seiner Arbeit. Im Sinne der produktiven Gerechtigkeit kann der Lohn eines Erzbergmannes verschieden sein von dem eines Kohlenbergmannes, oder können die technischen Zeichner für die gleiche Arbeit in Textil oder Elektronik unterschiedlich bezahlt werden. "Die distributive Gerechtigkeit ist ein Wunsch, während die produktive Gerechtigkeit eine Tatsache ist: es ist die Art und Weise, in der die Wirtschaft praktisch die Einkommen auf die verschiedenen Agenten verteilt. Will man diese Mechanismen stören, so riskiert man, das Funktionieren der Wirtschaftsmaschine zu beeinträchtigen"⁽¹¹⁾. Sicherlich, L. Stoleru erkennt an, daß die Marktwirtschaft nicht durch die

Keyneschen Politiken oder die Politiken der sozialen Sicherheit oder der Mindestlöhne zerstört wurde; aber im gleichen Moment steckt er die Grenze der Sozialpolitik. "Alles was im Sozialsektor seit fünfzig Jahren getan wurde, hat einen gemeinsamen wesentlichen Zug: ein sozialer Ausgleich an der Basis wurde herbeigeführt; sie hat der Marktwirtschaft minimale Sicherheiten hinzugefügt" (12).

Das Ziel und die Grenze der Sozialpolitik innerhalb der liberalen Wirtschaft sind also klar festgelegt: die absolute Armut, wie er es nennt, besiegen, das heißt, jedem das lebensnotwendige Minimum garantieren, ohne die Unterschiede in der sozialen Stellung, die sich aus der produktiven Justiz ergeben, infrage zu stellen. Ein Weitergehen in dieser Richtung, nämlich die soziale Ungleichheit infrage stellen, die relative Armut reduzieren wollen, kann nur dazu führen, die Triebkräfte und die Regulierungsnormen der Marktwirtschaft zu zerstören und das bedeutet das Schicksal eines jedem dem Staat anzuvertrauen. (13)

Die Grenzen der Chancengleichheit

Die Ungleichheit in der Produktionswelt erscheint also unvermeidbar. Aber die liberale Ideologie konnte sie legitimieren, solange Chancengleichheit gegeben war. Infolgedessen ist es eines der Grundprinzipien des Wohlfahrtsstaates, dieses Ziel durch Entwicklung von sozialen Einrichtungen, vor allem die Schule, erreichen zu wollen. In diesem Punkt bilden die neuen Architekten der Sozialpolitik keine homogene Gruppe. Viele von ihnen folgen den Analysen von Bourdieu und Passeron, nach denen die spezifischen Wesensmerkmale des Bildungssystems zu Reproduktion der sozialen Ungleichheiten beitragen (14). Aber dieses Phänomen wird immer nur kritisiert in Beziehung auf eine begrenzte Kategorie der Bevölkerung: die Armen und die Ausgestossenen. Die klassischen Mittel des Wohlfahrtsstaates scheinen für den Rest der Bevölkerung ausreichend: wo das Schulsystem nicht ausreicht, werden andere Mittel und Einrichtungen geschaffen, im besonderen Erwachsenenbildung (15).

Die Arbeiten von Raymond Boudon über die Demokratisierung des Schulsystems zeigen jedoch die Grenzen einer Dienstleistungs-

strategie (16). Raymond Boudon stellt die Thesen von Bourdieu, nach denen die Ungleichheiten im Schulsystem sich hauptsächlich dadurch erklären, daß es seiner Funktion nach die Kultur der höheren Klassen bevorzugt weitervermittelt. Sie (die Ungleichheit) scheint hauptsächlich daher zu rühren, daß je nach der sozialen Klasse des Schülers die Verlängerung der Schulzeit an jedem Abzweigungspunkt der Schullaufbahn verschiedene sozio-ökonomische Kosten und Gewinne repräsentiert. "Jede soziale Stratifikation führt unweigerlich zu einem erheblichen Maß an Ungleichheit im Bildungswesen."⁽¹⁷⁾

Sogar eine begrenzte, aber tatsächliche Demokratisierung der Bildung, wie sie jetzt stattfindet, führt zu keiner bedeutungsvollen Reduktion der sozialen Chancenungleichheiten. Die Demokratisierung der Schule führt zuerst zu einer Erhöhung der sozialen Kosten im Zugang zu den verschiedenen sozialen Positionen; aber sie ändern nur wenig die respektiven Zugangschancen der verschiedenen sozialen Schichten. Raymond Boudon bezweifelt also die künstliche Harmonie des Wohlfahrtsstaates, die vorgibt, die ökonomische notwendige Ungleichheit mit der Förderung der Chancengleichheit zu verbinden. Seine rigorose Kritik von der Theorie der Gerechtigkeit von Rawls⁽¹⁸⁾ mündet in die nötige Erkenntnis der grundsätzlich widersprüchlichen Züge der Institutionen und Strukturen unserer Gesellschaft. Aber die Erkenntnis dieses Widerspruchs, analysiert als ein nicht beabsichtigter Effekt und nicht als Ausdruck von Machtverhältnissen, mündet nicht in eine Perspektive zur Änderung dieser Grundstrukturen.

2. Die Wiederentdeckung der Armut

Die systematische Förderung der sozialen Gleichheit, Ziel des Wohlfahrtsstaates, scheint unerreichbar zu bleiben. Aber die Ausrottung der Armut erscheint als ein Ziel, welches die liberalen Industriegesellschaften erreichen können. Drei große Strömungen haben zur Wiedergeburt dieses Konzeptes beigetragen.

2.1. A.T.D. Vierte Welt:

Ein Lautsprecher für Minderheiten ohne Stimme?

Die erste und älteste Strömung ist die intellektuelle Version

der militanten Aktion der Bewegung "Aide à toute détresse, quatre monde": Hilfe in allen Notlagen - Vierte Welt. Diese religiöse Bewegung wurde durch die Aktion von militanten Christen in den Elendsvierteln hervorgerufen. Das Ziel dieser Bewegung ist, "einem Volk ohne Stimme eine Stimme zu geben".⁽¹⁹⁾ Die Bewegung lehnt mit Bestimmtheit jede Analyse ab, die auf Ausbeutung- und Klassenbeziehung beruht. Die vierte Welt ist auch nicht vom Klassenkampf betroffen, da sie im gleichen Maß von allen Klassen unterdrückt wird. Diese Definition der vierten Welt als eine von der Arbeiterklasse isolierte Kategorie ruht auf dem Postulat, nach dem die vierte Welt ein abgetrenntes Volk bildet. Die Grenze zwischen der Arbeiterklasse und der vierten Welt sei völlig undurchlässig. Diese Situation würde völlig anders erscheinen, wenn man die von Verarmung bedrohten Schichten betrachtet. Nun ist aber das Risiko der Verarmung offensichtlich nicht das gleiche in den verschiedenen sozialen Klassen. Gibt es nicht kontinuierliche Austauschprozesse und Übergänge zwischen den bedrohtesten Schichten der Arbeiterklasse und dem Unterproletariat?⁽²⁰⁾

Weiterhin lehnt die Bewegung die Konzepte von Nichtanpassung und sozialer Arbeit ab. "Die unterproletarische Familie denkt nicht anders wie jede andere Familie. Darin besteht ihr ganzes Drama und ihr Leiden: sie nimmt an denselben Werten teil, aber ihr fehlt jedes Mittel, um sie zu erreichen."⁽²¹⁾ Sie als Randgruppe und Problemfamilie zu betrachten würde bedeuten, sie als freien Gesprächspartner zu disqualifizieren. "Das Konzept der Nichtanpassung erlaubt die Ausschluß-Einstellung gegenüber dem Unterproletariat in Frankreich zu rationalisieren."⁽²²⁾ Dieser Ausgangspunkt resultiert in eine sehr kritische Einstellung gegenüber der Funktion der Sozialarbeit, die darin bestehe, eine Vormundschaft und die Verwaltung des sozialen Ausstosses auszuüben. Für A.T.D. sollte das Ziel der Sozialpolitik nicht darin bestehen, diese Bevölkerung zu erziehen, sondern ihr durch die Schule eine soziale Stimme zu geben und durch die Einführung einer negativen Einkommenssteuer stabile Einkünfte zu sichern.

Stoleru und die Strömung der liberalen Ökonomen

Trotz der unterschiedlichen Herkunft besteht zwischen den sozialen Perspektiven der A.T.D.-Strömung und der der Liberalen wie Stoleru eine bemerkenswerte Übereinstimmung. Tatsächlich findet man in Frankreich bis vor kurzem kaum Spuren einer Anerkennung des Armutproblems als wissenschaftlicher Gegenstand oder als spezifisches Objekt der Sozialpolitik. Bisher haben die französischen Planer es abgelehnt, eine besondere Instanz für Armut zu bilden. Ebenfalls, "Données Sociales"⁽²³⁾, die systematische Datenveröffentlichung der sozialen Statistiken des I.N.S.E.E. (Nationales Institut für Statistiken und Wirtschaftsstudien) erwähnt das Thema der Armut nicht, weder im Index noch im Inhaltsverzeichnis seiner 1978er Ausgabe. Gewiß, die Auffassung der Armut bei den Liberalen wie Stoleru setzt keine tiefgehende Kenntnis des Armutproblems voraus. Die Armut wird hier wie ein Mangel beschrieben und bezieht sich ausschließlich auf Konsumkriterien. Stoleru sagt, "man tritt unvermeidlich durch Geldmangel in eine Armutssituation ein, aber man kommt durch Geld nicht unbedingt wieder da heraus". Letzten Endes haben die sozialen Determinanten dieses Mangels wenig Bedeutung für L. Stoleru. Von Bedeutung ist für ihn: die Verantwortung der Gemeinschaft, jedem das Minimum zu sichern, ohne welches ein würdiges Leben unmöglich sei. Aber das französische System der sozialen Sicherheit weist zahlreiche Lücken auf, durch die viele schwache Familien leicht hindurchfallen. Weiter ist dieses System nach spezifischen Risiken organisiert und eignet sich daher kaum zur Wiederverteilung von Einkommen. Also schlägt Herr Stoleru vor, seine Umorganisation durch eine negative Einkommenssteuer. Im übrigen drückt er starkes Mißtrauen gegenüber den auf Vorsorge und Bildung basierenden Dienstleistungsstrategien aus. Die amerikanische Politik beurteilend sagt er, daß deren hauptsächliches Ergebnis darin bestehe, "eine Kaste von sozialen Beratern zu bilden, die sehr darauf bedacht ist, ihren Daseinsgrund zu erhalten und wenig Interesse daran hat, die Armut und damit ihren Kundenkreis zu beseitigen".⁽²⁴⁾

Die Theorie des sozialen Ausgestossenseins und der globalen Sozialarbeit

Diese Kritik nimmt die gegengesetzte Richtung der Thesen von R. Lenoir, der mit seinem Buch "Lex exclus" (Die Ausgestossenen) als einer der ersten die Armut in Frankreich wieder an die Öffentlichkeit gebracht hat. René Lenoir war zuerst Direktor des Sozialwesens im Gesundheitsministerium und dann von 1974 bis 1978 Staatssekretär für Sozialwesen; er ist der Sprecher einer intellektuellen Strömung, die unter den hohen Staatsbeamten des Sozialwesens sehr einflußreich ist, und die jede rein reaktive Konzeption der Sozialaktion ablehnt. Nach einer solchen Konzeption könnten die Maßnahmen der Behörden nur als Antwort auf eine bereits bestehende soziale Schwierigkeit in Kraft treten. Im Gegensatz dazu ist das Ziel von René Lenoir, einen Apparat von sozialen Dienstleistungen zu konstruieren und eine Verwaltungskoordination zu organisieren, welche es ermöglichen, der Entstehung bestimmter sozialer Risiken zuvorzukommen sowie die soziale Wiedereingliederung der betroffenen Personen zu erleichtern. Aber die betroffenen Gruppen sind hier nicht durch Mangel an Einkommen, sondern durch Nichtanpassung gekennzeichnet. Von den durch Stoleru errechneten elf Millionen Armen sondert René Lenoir fünf Millionen Ausgestossene aus. Die Definition dieser Ausgestossenen weist bereits auf die Verschiedenheit der betroffenen sozialen Kategorien hin:

"Eine Person als unangepaßt, marginal oder asozial zu bezeichnen, heißt einfach, festzustellen, daß diese Person in der industriellen und verstädterten Gesellschaft am Ende des XX. Jahrhunderts aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung, aufgrund ihrer psychischen Disposition oder durch das Fehlen von Bildung, unfähig ist, ihre Bedürfnisse zu decken oder die eine Gefahr für die anderen darstellt oder die entweder durch ihr eigenes Tun oder durch das der Gemeinschaft abgesondert ist".⁽²⁵⁾

Nach diesem Autor besteht eine enge Korrelation zwischen extremer Armut und sozialer Nichtanpassung, die sich durch eine überproportionale Vertretung der "schwachen Schichten" in den verschiedenen Kategorien der sozial Nichtangepaßten ausdrückt. Er sieht im Geldmangel einen erschwerenden Faktor zwischen den

vielfältigen Störungen, die das Individuum in der Industriegesellschaft bedrücken; die Anhäufung in den Städten, das Auseinanderfallen der Familien, die durch die Reklame hervorgerufene Unzufriedenheit, die ständige Entwurzelung, der Wettbewerb in der Schule, alle diese Prozesse führen zur Vervielfältigung der Fälle von Nichtanpassung. Eine negative Einkommenssteuer scheint nötig, aber unzureichend. Man sollte eher eine primäre Prävention durch die Verbesserung der Lebensqualität fördern und vor allem eine sekundäre Vorsorge durch die Entwicklung von sozialen Dienstleistungen, die allerdings sehr viel besser als bisher zu koordinieren wären. Die Leitidee ist also das Streben danach, die häufige Zerstückelung der sozialen Maßnahmen, die dieselben Personen betreffen, zu vermeiden.

Die soziale Aktion sieht sich als eine globale, integrierte und teilnehmende Aktion. Das endgültige Ziel ist, den Konsumenten sozialer Einrichtungen den Status eines aktiven Partners zu geben.

3. Die Moralisierung der Lebensweise

Die Wiederentdeckung der Armut und der sozialen Ausschließung in den reichen Ländern führt logischerweise zu einer Diskussion ihrer Kehrseite, über die Vielfältigung des Überflüssigen, die Verschwendung und das Wachstum der Institutionen im Alltagsleben. Alle vorgenannten Autoren haben die durch das Wachstum provozierten Spannungen und Unzufriedenheiten kritisiert; aber es war hauptsächlich Ph. d'Iribarne, Gründer des CEREBE (Centre d'Etudes du BienEtu) und früherer Berater im Kabinett des Präsidenten Pompidou, der eine Theorie der Konsumgesellschaft entwickelt hat, die mit diesen Richtungen der neuen Sozialpolitik vereinbar ist. Die Arbeiten des CEREBE (stark von Illich beeinflusst) haben zahlreiche nützliche Informationen gebracht zur Unterstützung der Thesen, denen zufolge das Wachstum nicht unbedingt zum Wohlergehen führt. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens im besonderen haben S. Karsentry, Pierret, Dupuy und Letourmy aufzuzeigen gewußt, daß das Wachstum der medizinischen Institution durchaus nicht mit einer fortschreitenden Verbesserung des Gesundheitszustandes

der Bevölkerung gleichzusetzen ist. (26)

Ohne diesen wichtigen Beitrag zu verneinen, wollen wir hier die Konsumtheorie, auf der sie beruhen, kritisch betrachten. Wir gehen von Ph. d'Iribarnes zwei Büchern aus: *La politique du bonheur* (Die Politik des Wohlergehens)⁽²⁷⁾, *Le Gaspillage et le Desir* (Die Verschwendung und das Verlangen)⁽²⁸⁾.

Wie schon viele andere stellt Ph. d'Iribarne fest, daß das starke Wachstum nicht zum Wohlergehen führt. Es vermehrt die Schäden, verschärft die Ungleichheiten, zwingt zu einem intensiven Arbeitsleben, welches mit verlängerten Transportzeiten die Freizeit verzerrt. Die verstärkte Mobilität zerstört den Mikrokosmos sozialer Beziehungen, der ein hauptsächliches Element der Lebensqualität sei. Was treibt diese Höllenmaschine des Wachstums vorwärts? Die nach Marx oder Gallbraith entwickelten Theorien, die die Modellierung des Konsumenten durch den Produzenten vorgeben, zeigen nach unserem Autor in Wirklichkeit nur einen Sündenbock. Ebenso wie die moralisierende Unterscheidung zwischen echten und falschen Bedürfnissen, zwischen Notwendigem und Überflüssigem zu keiner operationellen Analyse führen kann, da sie den sozialen Charakter des Konsumprozesses verneint: "Der Mensch ist nicht nur ein Magen, und in seiner Forderung nach einem Minimum an sozial definierten Konsum bringt er seine Menschenwürde ins Spiel".⁽²⁹⁾

Dieser Mechanismus gleicht dem von Boudon analysierten nicht beabsichtigten Effekt der Demokratisierung der Bildung. In beiden Fällen ist ein breiterer Zugang zu einem neuen Gut oder einer neuen Dienstleistung nicht unbedingt gleichbedeutend mit größerer Zufriedenheit, da die relative Position der Individuen in der Gesellschaft unverändert bleibt.

Diese pessimistische Anschauung des Wachstums führt trotzdem nicht zur positiven Einstellung gegenüber dem Wachstum Null, da dieses ohne autoritäres Eingreifen des Staates unmöglich sei. Aus dem gleichen Grund wird die radikale Reduzierung der wirtschaftlichen Ungleichheiten abgelehnt. Alle unsere Autoren verteidigen zusammen ein gemäßigtes Wachstum. Das schnelle, aber humanisierte Wachstum der französischen Planer erscheint

ihnen wie ein Mythos, der widersprüchliche Elemente vereint. Ein gemäßigtes Wachstum sollte mit einer größeren "Convivialité" gekoppelt werden (um hier einen Ausdruck anzuwenden, der in den öffentlichen französischen Reden sehr geschätzt ist). Die "Convivialität" wäre eher durch eine Veränderung des individuellen Verhaltens als durch zentrale staatliche Eingriffe hervorzurufen. Die neuen Richtungen der Gesundheitspolitik sind typisch für diese Linie: man erkennt nun, daß die Gesundheit nicht nur von der Entwicklung der Pflege-Institutionen abhängt. Die nun angewendete Politik ist hauptsächlich gegen die individuellen gesundheitsschädlichen Lebensgewohnheiten gerichtet; man zieht vor, Rauchen, Trinken, gefährliches Autofahren zu bekämpfen als sich gesundheitsschädlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zuzuwenden (z.B. Schichtarbeit, Transport ...). Die moralisierende Gesundheitsinformation wird den strukturellen Umwandlungen vorgezogen, die den dominierenden sozialen Interessen widersprechen.

Zur "Rekapitalisierung" der französischen Gesellschaft (30)

Die Theorien und Doktrinen, die wir behandelt haben, bilden die intellektuellen Grundlagen der neuen dominierenden Sozial-Strategien.

Die neue Sozial-Strategie kennzeichnet eine Aufteilung des Sozialwesens zwischen Betrieb, Bürger und Staat.

Auf dem Gebiet des öffentlichen Sektors würde Sozialhilfe in ihren verschiedenen Formen vorherrschen: es geht darum, allen eine Mindestexistenz zu sichern. Die Formel der negativen Einkommenssteuer wird von allen Autoren, die wir diskutiert haben, gefordert. Aber der heutige Staatspräsident meint, daß die öffentliche Meinung noch nicht reif ist für eine so tiefgreifende Änderung, die darüber hinaus hohe Kosten mit sich bringen würde. Trotzdem bleibt die Strategie des Minimums der hauptsächlichste Anreger der Politik des Alters-Minimums, der zusätzlichen Familienhilfe und der neuen Wohnungshilfe.

Über diese Minima hinaus sollten die Bürger eher auf private Fürsorge, auf die Bildung eines Privatvermögens und auf die freiwilligen Leistungen der Arbeitgeber als auf Staatshilfe zählen.

Die Sozialpolitik würde sich also auf zwei Hauptempfängergruppen aufteilen. Einerseits die zu Unterstützenden, für die der Staat verantwortlich sei und die aktive Bevölkerung, die von den freiwilligen Leistungen der Unternehmer und von privater Selbsthilfe abhängig sei.

Es scheint, daß die neue Sozialstrategie den neuen Formen der sozialen "Segmentation" und der differentiellen Behandlung der Arbeitskraft entspricht.

Die modernen Betriebe haben in der Tat gewußt, auf den Druck der Arbeiter zu antworten, indem sie dem strategisch harten Kern der Arbeiterschaft differentielle Vorteile zugebilligt haben, und die schwächeren Teile der Arbeiterschaft sind Opfer intensiverer Ausbeutung und erhöhter Unsicherheit. Diese Segmentation des Arbeitsmarktes wird umso leichter zu handhaben, als die Sozialabgaben der Betriebe geringer sind, und der Staat die sozialen Schwierigkeiten der schwächsten Gruppen abfängt. Diese von den Liberalen skizzierte Sozialstrategie erlaubt diese differentielle Handhabung der Arbeiterschaft rational zu bewältigen: Der Staat beschäftigt sich hauptsächlich mit den von der Produktion ausgestossenen Kategorien und denen, die sich in einer sehr schwachen Lage auf dem Arbeitsmarkt befinden. Der harte Kern der aktiven Arbeiter müsse also vielfältige Verhandlungen mit den Firmen und Industriezweigen führen, um soziale Vorteile, die über dieses Minimum hinausgehen, zu erhalten.

Das erscheint kurz skizziert die Perspektive, mit der die neuen Intellektuellen die sozialen Institutionen des französischen Wohlfahrtsstaates umzuwandeln beabsichtigen.

Fußnoten

- (1) Giscard d'Estaing (V.). Démocratie Française, Paris, Le Livre de poche, 1976, nouvelle préface, 1977.
- (2) Boudon (R.). Effets pervers et ordre social. Paris, P.U.F., 1978.

- (3) Zum Beispiel, Crozier (M.), Friedberg (E.). L'acteur et le système. Paris, Seuil, 1978.
- (4) Cf. R. Boudon, 1976, op. cit.
Wolfelsberger (A.). De la contestation de l'orthodoxie à la tentation du sociologisme. Revue Française de Sociologie, 1977, 397-438.
- (5) Giscard d'Estaing (V.) op cit. p. 134.
- (6) Stoleru (L.). L'équilibre et la croissance économique. Paris, Dunod, Nouvelle Edition, 1978.
- (7) Rencontres Internationales du Ministère de l'Economie et des Finances "Economie et Société Humaine", Paris, 1972.
- (8) Stoleru (L.). Vaincre la pauvreté dans les pays riches. Paris, Flammarion, 1974.
- (9) Stoleru (L.). L'équilibre et la croissance économique, op. cit. p. 26 et s.
- (10) Ibid. p. 32.
- (11) Stoleru (L.). Vaincre la pauvreté dans les pays riches, op. cit. p. 230.
- (12) Ibid. p. 288.
- (13) Ibid. p. 287 et s.
- (14) Z.B. Stoleru (L.). Vaincre la pauvreté dans les pays riches, p. 97.
- (15) Cf. Giscard d'Estaing (V.). Démocratie Française, op. cit. p. 79.
- (16) Boudon (R.). L'inégalité des chances, Paris, A. Colin, 1973.
- (17) Boudon (R.). Effets pervers ... p. 173.
- (18) Ibid. p. 159 à 188.
- (19) Cf. Wresinsky (J.). A.T.D. Quart Monde ou la parole d'un peuple. Projet 133, Mars 1979, p. 362 à 369.
- (20) Debonneuil (M.). Les familles pauvres d'une ville moyenne. Economie et Statistiques, nov. 1978, p. 25 à 37.

- (21) A.T.D. Bloc note du 7^{ème} Plan. IGLOOS no. 89/90, 2e et 3e trimestre 76, p. 129.
- (22) Ibid. p. 136.
- (23) Données sociales, INSEE, 1978.
- (24) Stoleru (L.). Vaincre la pauvreté dans les pays riches, p. 251.
- (25) Lenoir (R.). Les exclus. Paris, Seuil, 1972, p. 10.
- (26) Z.B. Dupuy (J.P.) et Karsentry (S.). L'invasion pharmaceutique. Paris, Seuil, 1974.
- (27) Paris, Seuil, 1972.
- (28) Paris, Fayard, 1975.
- (29) D'Iribarne (Ph.). Politique du Bonheur, op. cit. p. 134.
- (30) Cf. Miller (S.M.). The recapitalization of capitalism. International Journal of Urban and Regional Research, vol. 2, no. 2, 1978.